

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 31 (2011)
Heft: 61

Artikel: Die Stunde der Technokraten : geschlechterdemokratische Defizite der gegenwärtigen Krisenpolitik
Autor: Scheele, Alexandra
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652241>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Stunde der Technokraten

Geschlechterdemokratische Defizite der gegenwärtigen Krisenpolitik

„Die Stunde der Profis“ überschrieb die Süddeutsche Zeitung am 23. November 2011 einen Beitrag von Johan Schloemann, in dem dieser sich über die Einsetzung von „technischen Regierungen“ in Griechenland und Italien mokiert. „Es ist der Traum“, schreibt er, „das Zusammenleben der Menschen ließe sich nach wissenschaftlichen, objektiven, der Demagogie des Tages entzogenen Erkenntnissen und Modellen planen und gestalten. Mithin durch die Herrschaft dessen, was die Ideologiekritik die ‚instrumentelle Vernunft‘ genannt hat“ (Schloeman 2011, 11). Weiter weist er darauf hin, dass in der Gegenüberstellung von ökonomischen Experten und Politikern gefährliche Illusionen und Missverständnisse stecken, da zum einen bereits die Politik rationalen Kriterien folge und von wissenschaftlicher Expertise durchdrungen sei, wie nicht zuletzt Max Weber betont hat; und zum anderen handelt es sich bei der vermeintlich „technischen Wissenschaft“, der Ökonomie, keinesfalls um eine neutrale, vor- oder apolitische Sache.¹

Dies hat nicht zuletzt der mit dem Oscar gekürte Dokumentarfilm „Inside Job“ eindringlich dokumentiert. Die dort interviewten Wissenschaftler, Ökonomen, die durch ihre Position an renommierten Universitäten wie dem MIT (so auch der jetzige – parteilose (!) – griechische Ministerpräsident Papademos, der früher Vizepräsident der Europäischen Zentralbank war) oder Yale (so der jetzige – parteilose (!) – italienische Ministerpräsident Monti, der bis 2004 als EU-Kommissar für den Binnenmarkt und danach für den Wettbewerb zuständig war) zunächst den Eindruck erwecken, so etwas wie neutrale, an Sachfragen orientierte Analysten zu sein. Durch die Interviews wird dann deutlich – was jegliche kritische Wissenschaft schon immer gewusst hat –, dass natürlich auch sie nicht nur „opinions“ (Inside Job) bzw. „Überzeugungen“ (Schloeman), sondern häufig auch handfeste, nicht selten auch materielle Interessen haben, z.B. wenn sie als hochbezahlte Berater Einschätzungen zur Solvenz von Unternehmen oder gar Staaten abgeben.²

Wo das Geld nicht mehr viel wert ist, die Schulden ins Unermessliche steigen und das Aberkennen von Bestnoten durch die drei Rating-Agenturen³ wie ein Damoklesschwert nicht nur über Unternehmen oder Banken, sondern über Staaten hängt und immer häufiger auch fällt, scheinen demokratisch legitimierte Regierungen am Ende zu sein. Die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf „unabhängige Expertenteams“ hat dann eine entlastende Funktion. Dementsprechend überrascht es kaum, dass die „Strukturierte Verantwortungslosigkeit“ (Honegger et al. 2010), bei der

Entscheidungen an Computerprogramme delegiert werden, die Eckpunkte sind, an denen sich nun auch der Politikbetrieb orientieren will.

Nun wird das Einsetzen von technokratischen Regierungen in Griechenland und Italien der Öffentlichkeit zunächst einmal als Fortschritt gegenüber den vorherigen Verfilzungen verkauft. Das mag ja *prima vista* die Finanzmärkte und Teile der Bevölkerung beruhigt haben, schließlich musste ein Zeichen gesetzt werden, dass einem offensichtlich korrupten System⁴, das sozial- und wirtschaftspolitisch versagt hat (Griechenland) bzw. einem Ministerpräsidenten, der weniger Politik zum Wohle der Bevölkerung als zum Eigennutz (Berlusconi) betrieben hat, etwas anderes gegenübergestellt wird – dem Ertrinkenden reiche man einen Strohhalm!? Allerdings sind damit auch demokratietheoretische Probleme verbunden, von denen einige, wie der Bruch mit dem demokratischen Ideal, dass das Volk oberster Souverän und oberste Legitimation politischen Handelns ist und sich daraus auch sein/ihr aktives und passives – vom Fachwissen unabhängiges – Wahlrecht ableitet, von Schloeman auch aufgegriffen werden, die jedoch mindestens noch um die Frage von Geschlechterdemokratie erweitert werden müssten.

Ich möchte dies im Folgenden an zwei Fragen diskutieren: Zum einen an der nach der Repräsentanz von Frauen in politischen Entscheidungsprozessen und zum anderen – und dabei auch etwas mehr an den Diskurs um die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise anschließend – an der Frage nach dem tieferen Gehalt dieser Art von Krisenpolitik.

*

Zum Ersten: Es ist ja noch gar nicht lange her, dass Frauen als Retterinnen aus der Krise stilisiert wurden. Auf „Spiegel online“ gab es mehrere Artikel und Interviews mit den beschwörenden Titeln: „*Warum Frauen die Finanzkrise managen sollten*“, „*Frauen greifen nach der Macht*“ oder auch „*Lehman Sisters hätten uns die Krise erspart*“. In Island wurde eine Frau zur Regierungschefin gewählt, und es schien so, als ob das Credo „Cleaning up men’s mess“ (Ertel 2009) jahrzehntelange Gleichstellungsbemühungen beschleunigt, den „Ritt auf der Schnecke“ (Berghahn) zum Galopp gemacht hätte und Frauen an die Spitze bringen könnte. Auch die Wirtschaft sollte nun endlich begreifen, dass mehr Frauen zum Erfolg führen oder zumindest verhindern können, dass sich eine ähnliche Testosteronkrise nicht wiederhole. Allerdings soll dieser Lernerfolg nicht mit einer gesetzlichen Quote erreicht werden, sondern nur mit einer „Flexi-Quote“, mit der die gesetzliche Pflicht zur Selbstverpflichtung gemeint ist, wie Familienministerin Kristina Schröder auf einem Treffen mit den Vorstandsmitgliedern der Dax-30-Unternehmen im März 2011 in Berlin⁵ erklärte.

Auch wenn die Finanzmarktakteure überwiegend männlichen Ge-

schlechts waren, greift der Verweis auf männliches Verhalten (übertriebenes Selbstvertrauen von Investoren, hohe Risikobereitschaft) oder fehlende Moral – also „Gier“ – als Erklärungsansatz für die Finanzkrise zu kurz. Sighard Neckel sieht darin eine Naturalisierung von ökonomischen Prinzipien (Wettbewerbszwänge und Renditeerwartung) mit dem Ziel, die Akteure aus der Verantwortung zu entlassen. Er zeigt hingegen, dass Gier im modernen Kapitalismus mit dem ökonomischen Gewinnstreben an sich gleichgesetzt wurde und „die maßlos-zerstörerische Seite einer Leidenschaft aus dem Begriff des wirtschaftlichen Interesses säuberlich hinausdefiniert“ wurde (Neckel 2011, 44). Dass nun gerade die Finanzmärkte bzw. die dort tätigen Akteure als „gierig“ klassifiziert werden, sei nicht überraschend, da es sich bei Gier um ein maßloses Streben nach Gütern handelt, die die reine Potentialität endloser Möglichkeiten repräsentieren. Die Finanzmärkte handeln nun eben genau mit Erwartungen bzw. Erwartungserwartungen, die sich auf die künftige Bewertung von Investments und Kapitalanlagen richten (Neckel 2011, 47).

Darüber hinaus berührt die Frage, ob die gegenwärtige Krise hätte vermieden werden können, wenn mehr Frauen in den Finanzinstitutionen vertreten gewesen wären - eine der grundsätzlichen Fragen der feministischen Repräsentationsforschung (vgl. Hoecker/Scheele 2008). In dieser wird der Zusammenhang zwischen dem Anteil von Frauen in (politischen) Entscheidungsgremien und die damit möglicherweise verbundenen qualitativen Veränderungen von Politikgehalten schon länger diskutiert. Im Rahmen des *Critical Mass*-Theorie wird beispielsweise analysiert, ob und ab welcher Schwelle eine numerische Erhöhung von Frauen überhaupt zu qualitativen Veränderungen von Politikgehalten, Strategien zu ihrer Umsetzung oder auch der politischen Kultur führt.

Viele Forschungen zeigen hingegen, dass nicht nur die Zahl, sondern auch der politische und parlamentarische Kontext zu berücksichtigen sind. „In diesem Zusammenhang ist insbesondere kritisch zu diskutieren, welche Erwartungen und Inhalte mit einer verstärkten Repräsentation von Frauen verbunden werden. Realpolitik und die Repräsentationsforschung haben deutlich gemacht, dass die (symbolische) Vertretung einer Gruppe (Frau sein bzw. *standing for*) und das substanzielle Handeln für eine Gruppe (für Frauen handeln bzw. *acting for*) als Spannungsverhältnis zu beschreiben ist“ (Hoecker/Scheele 2008, 15). So ist nicht zwingend davon auszugehen, dass eine paritätische Vertretung von Frauen in politischen Entscheidungspositionen automatisch zu einer besseren Interessenvertretung von Frauen beiträgt – oder eben zu einem anderen, „klügeren“, politischen oder wirtschaftlichen Handeln, wie es in der gegenwärtigen Krise immer wieder nahegelegt wurde.

Folgt man dieser Argumentation, dann ist es mehr als fraglich, ob die *Lehman-Sisters* tatsächlich anders gehandelt hätten. Die öffentlichen Diskurse mit der Stereotypisierung von (männlichen) Bankern als hormon-

gesteuerten, irrationalen Draufgängern und von Frauen als rationaleren, profitableren, wertorientierten Anlegerinnen, Managerinnen und Kreditnehmerinnen brechen zwar mit bekannten polarisierten Geschlechtscharakteren, nach denen der Mann als rationales und die Frau als emotionales Wesen gilt, sie bleiben aber grundsätzlich dem Prinzip der Stereotypisierung und Essentialisierung verhaftet und schaffen neue Zuschreibungen und Festlegungen. Damit verbunden ist nicht nur eine starke Individualisierung von strukturellen Problemen, sondern auch die Gefahr – und darauf weist Christa Wichterich (2010) hin –, dass „nur“ Geschlecht thematisiert wird und nicht mehr andere gesellschaftliche Ungleichheitsdimensionen (z.B. Klasse, Ethnie, Herkunft).

Es wird deutlich, dass der Zusammenhang zwischen dem Geschlecht der Akteure und ihrem Handeln mit vielen Widersprüchen verbunden ist. Unabhängig davon zeigt jedoch die Kritik am Maskulinismus des Finanzsektors sowie an der Entkoppelung der Finanzökonomie von der Realökonomie und der damit verbundenen zweigeschlechtlichen „Arbeitsteilung“ deutlich den Mangel an Gleichberechtigung in den Spitzenpositionen der Finanzinstitutionen sowie in den Entscheidungspositionen von Regierungsbehörden, Zentralbanken und formellen und informellen Netzwerken (vgl. Annesley/Scheele 2011; Young/Schuberth 2010, 1).

*

Was die zweite Frage angeht – und hier komme ich wieder auf den Anfang und die Resignation der Politik vor der Herrschaft der Sachverständigen zurück –, sind mit dem Thema der politischen Repräsentation von Frauen weitere Herausforderungen verbunden. Es ist z.B. zu untersuchen, inwieweit eine Erhöhung des Anteils von Frauen in den demokratisch legitimierten Arenen im Zuge der Anerkennung des Gleichberechtigungsgebotes oder von Gender Mainstreaming konterkariert wird, da deren Mitsprache- und Entscheidungsrahmen in Frage gestellt wird, wenn z.B. im Rahmen der Euro-Rettung ein schneller Entschluss auf europäischer Ebene herbeigeführt werden soll (Stichwort: „Entmachtung der Parlamente“). Damit wird der Blick auf die demokratische Legitimierung von Entscheidungsgremien und politischen Prozessen jenseits gewählter Institutionen gelenkt. Einerseits wird dabei mit dem Governance-Ansatz Hoffnung auf eine weitere Demokratisierung gesetzt, da mit außerparlamentarischen Gremien auch ein weiter Politikbegriff und inklusive, partizipatorische Verhandlungsregime verbunden sein können. Durch die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure könnten sich potenziell auch die Einflusschancen von Frauen verbessern.

Andererseits – und dieses Problem stellt sich ganz aktuell wieder – ist zu fragen, welchen Einfluss die Einrichtung von ExpertInnen-Kommissionen (oder gar ganzer Expertenregierungen) auf demokratische Verfahren

und politische, den Staat und die Gesellschaft als Ganze betreffende Entscheidungsprozesse haben.⁶ Dadurch, dass diese Gremien vielfach durch VertreterInnen der Wirtschaftsverbände oder auch aus den Führungsetagen von Wirtschaft, Gewerkschaften oder auch Wissenschaft besetzt werden, in denen Frauen mangels regulativer Instrumente nicht oder nur gering vertreten sind, finden sich dann in diesen Gremien häufig keine Frauen (z.B. Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit) oder kaum Frauen (z.B. Hartz-Kommission; vgl. Kurz-Scherf 2002).

Dass es sich dabei um eine durchgängige Tendenz handelt, hat die Einsetzung der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ durch den Bundestag gezeigt, die im Januar 2011 ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese Kommission soll das rein ökonomisch und quantitativ ausgerichtete Bruttoinlandsprodukt als Messgröße für gesellschaftliches Wohlergehen weiterentwickeln und mit neuen Kriterien ergänzen. Die Kommission besteht aus 34 Mitgliedern –, zum einen 17 Abgeordnete des Deutschen Bundestages und zum anderen 17 Sachverständige mit Fachkenntnissen aus dem jeweiligen Fachgebiet, die nicht dem Bundestag angehören. Während in der ersten Gruppe acht Frauen vertreten sind – darunter drei Obfrauen und die Vorsitzende –, bestand die letztere Gruppe zunächst zu 100 Prozent aus Männern. Erst nach massivem Protest von WissenschaftlerInnen hat die Kommission das Thema auf die Tagesordnung gesetzt und schließlich den überraschend freigewordenen Platz eines Sachverständigen mit einer Frau besetzt (auf Vorschlagsrecht der CDU/CSU-Fraktion) (vgl. Scheele 2011, 155).

*

Bezieht man diese beiden Tendenzen, also zum einen die Notwendigkeit, schnell zu entscheiden und damit ein Klima des „There is no alternative“ zu schaffen, und zum anderen die Verlagerung von Entscheidungen auf „Experten“, auf die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Entscheidungen der deutschen Bundesregierung in der Krise, dann sind Zweifel angebracht, dass es sich dabei um eine nachhaltige und geschlechterdemokratische Politik handelt. Schließlich waren die investitionspolitischen Reaktionen im Herbst 2008, zu Beginn 2009 und im Herbst 2009 mit der Begründung, „entschlossen“ auf die Finanz- und Wirtschaftskrise zu reagieren, auf den Bankensektor und die Schlüsselindustrien, vor allem Autoherstellung, Maschinenbau, Stahlindustrie und Bauwirtschaft und damit – aufgrund der geschlechtlichen Segregation von Berufen und des Arbeitsmarktes – vorrangig auf Männerarbeitsplätze konzentriert.

Die Krise der sozialen Reproduktion (mit Ausnahme der Bildungskrise) wurde hingegen ignoriert, anstatt z.B. „sozialpolitische Ziele von Anfang an in die Konjunkturpakete einzubauen und soziale Dienstleistungen als Zukunftsbranchen zu entwickeln“ (Wichterich 2010, 182). Es fand auch

kein Gender Budgeting der Krisenpolitik statt, obwohl dieses, wie die Expertisen von Gabriele Schambach (2010) und Maja Kuhl (2010) gezeigt haben, dringend nötig gewesen wäre. In der Berechnung von Schambach kamen die beschäftigungspolitisch relevanten Maßnahmen der Konjunkturprogramme zu 72 Prozent männlichen und nur zu 28 Prozent weiblichen Beschäftigten zugute.

Dies lässt sich als geschlechterpolitischer Konservatismus bezeichnen, der darauf zielte, das ohnehin in Erosion befindliche fordistische Genderregime und insbesondere die männliche Ernährerrolle nicht weiter zu gefährden, sondern in seiner modernisierten Form (Mann: Vollzeit/Hauptverdiener, Frau: Teilzeit/Zuverdienerin) zu erhalten (Scheele 2009). Studien zur Wirkung der Konjunkturpakete haben gezeigt, dass strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Beschäftigung nicht beeinflusst bzw. gar aufgehalten wurden. Die Bundesagentur für Arbeit hat außerdem darauf hingewiesen, dass die sich im Jahresverlauf 2010 der Arbeitsmarkt zugunsten von Männern entwickelt hat, da deren Arbeitslosenzahlen zwischen Dezember 2009 und Dezember 2010 um 10 Prozent gefallen sind, während der Rückgang bei Frauen im gleichen Zeitraum nur bei 6 Prozent lag. Während Männer von der Krise stärker betroffen waren als Frauen, profitierten sie nun mehr vom ökonomischen Aufschwung (Bundesagentur für Arbeit 2011, 7). Auch wenn nicht klar ist, ob sich dieser Trend fortsetzt, so kann er doch als Ausdruck der kritisierten Geschlechterblindheit der Steuer und Wirtschaftspolitik gesehen werden.

Wir beobachten gegenwärtig die Tendenz, die strukturelle Krise des Kapitalismus zu einer individuellen – von Regierungen bzw. Personen – umzudeuten. Dabei wird Geschlecht bestenfalls als Größe herangezogen, um vornehmlich zu diskutieren, ob ein bestimmtes Verhalten mit hormonellen Dispositionen erklärt werden kann. Mit einer grundsätzlichen Reflektion über die Rahmenbedingungen für politisches Handeln oder auch über die Zukunft von Wirtschaft und Demokratie hat das wenig zu tun. Denn dann müsste es vielmehr darum gehen, die an quantitativen Produktivitätskriterien orientierte Wachstumsideologie und den auf industrielle und technische Bereichen fokussierten Arbeitsbegriff zu überwinden – und jene Bereiche stärker in den Blick zu nehmen, die die elementaren menschlichen Bedürfnisse befriedigen. Über eine solche Politik könnte Geschlechterdemokratie wahrscheinlich eher erreicht werden.

Anmerkungen

- 1 „Es ist ein politisch weitgehend unerfahrenes Team“, beschreibt die Financial Times Deutschland am 16.11.2011 das neue Kabinett Montis.
- 2 „Die Märkte reagierten positiv“, so das Echo in den Medien nach der Ernennung Montis und Papademos zu Ministerpräsidenten der Übergangsregierungen.
- 3 Island wurde übrigens kurz vor dem Staatsbankrott noch von der Ratingagentur „Moody's“ mit der Bestnote „AAA“ bewertet. Wie passt das zusammen? Entweder war das der entscheidende Wendepunkt, von dem an nun die Rating-Agenturen vorsichtiger geworden sind und bereits schlechtere „Noten“ ankündigen, bevor es dann für ein Land tatsächlich schwer wird, sich auf dem Markt noch Geld zu leihen? Oder ist es tatsächlich viel einfacher ein Indiz für die Grenzen des Rankings? Ich bin keine Ökonomin, weshalb ich diese Frage nicht beantworten kann. Was jedoch auffällt, ist, dass der Glaube an die Rationalität und die Berechenbarkeit von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen bereits hier erschüttert werden müsste.
- 4 Griechenland liegt auf dem von Transparency International erstellten Korruptionswahrnehmungsindex CPI, der die Länder nach dem Grad der im öffentlichen Sektor wahrgenommenen Korruption auflistet, mit einem CPI von 3,4 nur auf Rang 80 – zum Vergleich: Deutschland liegt mit einem CPI von 8 auf Rang 14, Italien liegt mit einem CPI von 3,9 auf Rang 69. Der CPI reicht von 0 (sehr korrupt wahrgenommen) bis 10 (sehr integer wahrgenommen). (<http://www.transparency.de/Tabellarisches-Ranking.2021.0.html>)
- 5 <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/gleichstellung,did=168620.html>)
- 6 In Italien werden nun von den 12 Ministerien drei von Frauen geführt. Gegenüber der früheren Zusammensetzung der Regierung unter Berlusconi ist das kein Rückschritt – dort waren nur zwei ordentliche Ministeriumsposten mit Frauen besetzt –, aber einen geschlechterpolitischen Fortschritt kann man es auch nicht wirklich nennen.

Literatur

- Annesley, Claire/Scheele, Alexandra, 2011: Gender Capitalism and Economic Crisis: Impact and Responses across Europe. In: Journal of Contemporary European Studies. Vol. 19, Nr. 3, 335-347
- Bundesagentur für Arbeit, 2011: Arbeitsmarkt in Deutschland – Zeitreihen bis 2010. Nürnberg <http://statistik.arbeitsagentur.de>
- Ertel, Manfred, 2009: Cleaning Up the Men's Mess. Iceland's Women Reach for Power. Der Spiegel. 22 April, <http://www.spiegel.de/international/europe/0,1518,620544,00.html>
- Höcker, Beate/Scheele, Alexandra, 2008: Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation - Einleitung. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, H. 2, 9-19
- Honegger, Claudia/Neckel, Sighard/Magnin, Chantal, 2010: Strukturierte Verantwortungslosigkeit. Berichte aus der Bankenwelt. Frankfurt/M.
- Kuhl, Maja, 2010: Wem werden Konjunkturprogramme gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete I und II. Eine Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin
- Kurz-Scherf, Ingrid, 2002: Hartz und die Frauen, oder: Auf dem Weg in die autoritäre Gesellschaft. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, H. 2, 87-90
- Neckel, Sighard, 2011: Der Gefühlskapitalismus der Banken: Vom Ende der Gier als „ruhiger Leidenschaft“. In: Leviathan, Nr. 1, 39-53
- Schambach, Gabriele, 2010: Gender in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Beschäftigungsrelevante Aspekte in den Konjunkturpaketen der Bundesregierung für Frauen und Männer.

- Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung. Online: www.genderworks.de/genderservice
- Scheele, Alexandra, 2009: Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 3, 26-28
- Scheele, Alexandra, 2011: „Staatliche Zwangsbeglückung“? Von Quoten, Gleichstellung und einer Männerkommission. In: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft. Heft 1, 153-157
- Schloeman, Johan, 2011: Die Stunde der Profis. Süddeutsche Zeitung, 23.11.
- Wichterich, Christa, 2010: Geschlechteranalysen und -diskurse in der Krise. In: Peripherie. No. 118/119, Vol. 30, 164-187
- Young, Brigitte/Schuberth, Helen, 2010: The global Financial Meltdown and the impact of financial governance to gender. Garnet Policy Brief, No. 10, January



WIDE Tagung am 4. Mai 2012 in Bern

GENDER MACHT ARBEIT

Care-ökonomische Analysen und Antworten auf die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse im Norden und im Süden.

Die WIDE Tagung bietet Analysen, politische Antworten und feministische Perspektiven auf brisante gesellschaftliche Umbrüche im Norden und im Süden. Die Verteilung und Organisation der Haus- und Familienarbeit, der Umbau des Gesundheitswesens, Perspektiven für einen weltweiten Zugangs zu grundlegenden Care-Rechten für (Arbeits-)migrantInnen und schliesslich Verteilungsfragen öffentlicher Finanzen sind die inhaltlichen Brennpunkte der Tagung.

Infos, Programm und Anmeldung ab Februar 2012, www.wide-network.ch

WIDE Switzerland in Kooperation mit: Zentrum für Geschlechterforschung IZFG der Universität Bern, cfd - die feministische Friedensorganisation, Deza - Gender focal point, Alliance Sud, Gewerkschaft unia, SEK, Swissaid und weiteren NGOs.